

Mitgliederinformation

12.10.2020

Warnstreiks und Demos in Ulm und München

Kundgebungen im Süden

Beschäftigte aus unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes haben mit Kundgebungen in Ulm und in München auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht. Vor dem Ulmer Münster pochten sie am 8. Oktober 2020 auf bessere Arbeitsbedingungen. Am 9. Oktober 2020 wurde der Protest vor die Geschäftsstelle des Kommunalen Arbeitgeberverbands Bayern in München getragen. Lautstark haben sie ihre Erwartungen an die dritte Verhandlungsrunde am 22. / 23. Oktober 2020 deutlich gemacht.

Ulm

Unter strikter Einhaltung der Corona-Infektionsschutzregeln protestierten Kolleginnen und Kollegen in Ulm gegen die Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite. „Obwohl wir kompromissbereit waren, verweisen die Arbeitgeber stur auf angeblich leere Kassen“, betonte Kai Rosenberger, Landesvorsitzender des BBW Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg. „Damit zeigen sie gerade denjenigen die kalte Schulter, die die Republik unter schwersten Bedingungen durch die Krise hindurch am Laufen gehalten haben. Eine Entgelterhöhung von 4,8 Prozent, aber mindestens 150 Euro, ist keineswegs unangemessen.“

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der BTB Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft, Michael Brendle, stritt für Nachwuchskräfte. „Investitionen in Nachwuchs sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes“, so Brendle. Dazu zähle unter anderem die unbefristete Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung sowie eine Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikumsentgelte um 100 Euro.

Der Bezirksverbandsvorsitzende des BDZ Württemberg, Sven Hannuschka, verwies auf die herausragenden Leistungen des öffentlichen Dienstes in der Krise und forderte die Rückführung der Arbeitszeit der Bundesbeamtinnen und -beamten von derzeit 41 auf 39 Wochenstunden. „Das ist längst überfällig“, so Hannuschka.

München

dbb Tarifchef Volker Geyer forderte die Arbeitgeberseite bei der Protestkundgebung in München auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und endlich ein verhandlungsfähiges Angebot zu unterbreiten: „Statt auf angeblich leere Kassen zu verweisen, sollten sich die Arbeitgeber auf den Wert der Arbeit besinnen, die unsere Kolleginnen und Kollegen 365 Tage im Jahr leisten“, so Geyer. „Der öffentliche Dienst erwartet keinen Sonderbonus, sondern schlichte Verlässlichkeit in der Fortentwicklung der Einkommen und der Beschäftigungsbedingungen“, unterstrich Geyer.

Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes BBB, Rainer Nachtigall, bekräftigte: „Wir fordern nicht wegen, sondern trotz Corona 4,8 Prozent höhere Einkommen.“ Für Nachtigall ist überdies klar: „Der öffentliche Dienst hat seine besondere Leistungsfähigkeit in Pandemiezeiten unter Beweis gestellt, das sollte anerkannt werden!“ Klaus Eckl, Vorsitzender des VDSträ. – Gewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten Bayern, kritisierte die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber: „Wir werden jetzt nicht für die Millionen, die für die großen Konzerne verpulvert worden sind, herhalten. Wir werden nicht erneut die Spargbüchse der Nation sein.“